Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 4

Artikel: Deutschland Sicherheitspolitik

Autor: Schilling, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-841976

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschlands Sicherheitspolitik

Wer die aktuelle deutsche Sicherheitspolitik betrachtet, wird vergeblich nach einer klaren Antwort auf eine schlüssige Strategie suchen. Vielmehr pflegen die deutschen Entscheidungsträger in Berlin auf wechselnde Situationen und Herausforderungen ad hoc zu reagieren.

Walter Schilling

Wie schwierig es in der gegenwärtigen Epoche für Deutschland erscheint, die eigenen Interessen zu definieren und eine konsistente Sicherheitspolitik mit klarem Bezug zur realen Welt zu betreiben, ist bei den Versuchen deutlich geworden, die Migrationskrise zu lösen. Hier haben die politischen Entscheidungsträger in Berlin gesetzeswidrige Alleingänge unternommen, die grundlegende aussen- und sicherheitspolitische Massstäbe und Erfahrungen ignorierten und nicht nur dem Land, sondern auch den Nachbarstaaten grosse Probleme bereiten. Eine sachgerechte Analyse der Lage und eine sorgfältige Abschätzung der möglichen Konsequenzen der «Willkommensadresse» der deutschen Bundeskanzlerin vom 4. September 2015 fanden nicht statt. So trachtete man in Berlin danach, die unverkennbaren Lasten dieser Entscheidung auf die europäischen Partner zu verlagern.

Panzer Leo 2A7 der Bundeswehr. Bilder: Bundeswehr

Auch das Bemühen, die für die innere Sicherheit und die gesellschaftliche Stabilität so wichtige Eingliederung der besonders zahlreichen muslimischen Zuwanderer durch eine stringente Integration zu gewährleisten, offenbart erhebliche Realitätsdefizite bei den politischen Entscheidungsträgern Deutschlands. Vielmehr können wir sehen, dass die in Deutschland seit vielen Jahren bestehenden muslimischen «Parallelgesellschaften» mit der Zuwanderung weiter an Bedeutung und Macht gewinnen. Sicherheitspolitisch ist dies äusserst bedenklich und mit gravierenden Gefahren für die innere Stabilität der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Wie weit diese Gefahren gehen, lässt sich an der zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft und an den zahlreichen brutalen Attentaten islamistischer Terroristen, die in den «Parallelgesellschaften» aufwuchsen oder von dort unterstützt wurden, deutlich ablesen. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund der sicheren Erwartung, dass der Zuwanderungsdruck dank des raschen Bevölkerungswachstums in Afrika weiter steigen und neue Migrationswellen auslösen wird.

«Die Entscheidungsträger in Berlin haben Alleingänge unternommen, die dem Land und den Nachbarn Probleme bereiten.»

Wenngleich man in der deutschen Bundesregierung zu ahnen scheint, dass die auch heute noch von vielen Gruppierungen, von manchen politischen Parteien bis zu den Kirchen, gepflegte «Willkommenskultur» erhebliche sicherheitspolitische Risiken mit sich bringt, sucht man eine vollständige Kehrtwende zur Realität hin zu vermeiden. Die Absicht, einen Teil der nach Deutschland strebenden Menschen auch wieder in ihre Herkunftsländer zurückzubringen, trägt jedoch nicht weit. Es wird vielmehr zugelassen, dass vordergründig humanitär erscheinende Massnahmen über Recht und Gesetz gestellt werden und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen Aktivitäten entfalten, die alle staatlichen Bemühungen aushebeln. Das entscheidende sicherheitspolitische Problem, dass Staaten die Hoheit über ihre Grenzen bewahren müssen und die Bevölkerung das Vertrauen in die Souveränität und Handlungsfähigkeit des eigenen Landes setzen kann, löste die Bundesregierung in Berlin bislang nicht. Es ist in diesem Zusammenhang ebenso bemerkenswert wie besorgniserregend, dass jene Politiker in Deutschland, die es sich erlauben, die Verfassung und den Rechtsstaat zu verteidigen sowie den Schutz der Bürger und die kulturelle Identität der Gesellschaft zu bewahren, mit beständigen Kampagnen in den deutschen Medien überzogen werden.

Migrationsfrage

In der Migrationsfrage hat sich Deutschland durch sein spezifisches Fehlverhalten in eine schwierige Lage gebracht. Zudem bedroht der wachsende Widerstand zahlreicher Regierungen in Europa gegen das Verlangen Deutschlands, die Lasten des Zustroms von muslimischen Migranten aus vielen Regionen der Welt gemeinsam zu tragen, längst den Zusammenhalt des Staatenverbundes der Europäischen Union. Angesichts der offenkundigen negativen Folgen der deutschen Alleingänge ist der Gedanke, dass die Staaten der Europäischen Union die Hoheit über ihre Grenzen zurückerhalten müssen, immer

stärker in den Vordergrund der Politik getreten.

Während der deutschen Bundesregierung in der Migrationskrise die Grundlage für die ursprünglich angestrebte Regelung weggebrochen ist, gibt es auch in anderen Bereichen der Sicherheitspolitik Berlins erhebliche Schwierigkeiten, den Herausforderungen der realen Welt gerecht zu werden. In der täglichen Praxis wird immer wieder deutlich, dass der deutschen Diplomatie die nötige «Hard Power» fehlt und die konkreten Einsätze des nur spärlich vorhandenen militärischen Potenzials in der Regel ohne schlüssige strategische Begründung vorgenommen werden. So entschied man in Berlin nach den brutalen Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015, sich auf das Drängen Frankreichs mit 1200 Soldaten und sechs Tornado-Kampfflugzeugen am Krieg in Syrien zu beteiligen.

Eine hieb- und stichfeste Rechtsgrundlage sowie eine nachvollziehbare sicherheitspolitische und strategische Begründung bot die deutsche Bundesregierung für den Einsatz nicht. Man beschied die Öffentlichkeit mit der vagen Aussage, der Einsatz diene dem Kampf gegen den Terrorismus und der Unterstützung Frankreichs.

Der von den Mitgliedern der deutschen Bundesregierung mit Blick auf das Kriegsgeschehen in Syrien stets beschworene «politische Lösungsprozess» kommt zwar beim heimischen Publikum gut an. Sicherheitspolitisch viel beizutragen hat Deutschland hier jedoch nicht. Der Wert von Aufklärungsflügen über Syrien ist recht eng begrenzt. Mit der Methode, nur zurückhaltend und mit reaktiver Vorsicht an den Auseinandersetzungen in der internationalen Arena teilzunehmen, wird die deutsche Sicherheitspolitik nicht viel erreichen. Sie geht auch von der falschen Prämisse aus, dass andere Akteure, wie z.B. Russland oder der Iran, sich ebenfalls am Prinzip des Ausgleichs und der Konzilianz orientieren. Dies ist offensichtlich nicht der Fall.

Fehlende Substanz

Vor dem Hintergrund der Verhältnisse in der realen Welt die Kunst der Diplomatie auf zahlreichen Reisen und Konferenzen zu bemühen, bedarf eines Gewichts, das man in die Waagschale legen kann, wenn man vermitteln, beruhigen und ausgleichen will. Doch hier fehlt es der deutschen Sicherheitspolitik an der nötigen Substanz, um die Dinge bewegen zu können. Das gilt auch für den Bereich der Rüstungskontrolle. So ist das am 14. Juli 2015 in Wien geschlossene Atom-Abkommen mit dem Iran zweifellos das Resultat einer verheerenden Fehleinschätzung der tatsächlichen Verhältnisse im Nahen Osten. Die deutsche Sicherheitspolitik wird sich darauf einrichten müssen, dass das schiitische Mullah-Regime in Teheran, nach der durch Deutschland mitverantworteten förmlichen Anerkennung seiner Atompolitik und durch die mit dem fragwürdigen «Deal» mögliche grössere Unterstützung islamistischer Terrorgruppen (Hisbollah, Hamas, Huthi-Rebellen) eine herausragende Machtposition im Nahen Osten erreicht hat. Für die Bundesrepublik Deutschland, aber erst recht für das in seiner Existenz bedrohte Israel wird es künftig erheblich schwieriger und kostenträchtiger werden, die eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren. In dieser Lage eher mit dem despotischen Mullah-Regime im Iran zusammenzuarbeiten, als dem demokratischen Staat Israel und seiner Schutzmacht USA zur Seite zu stehen, ist nicht nur aus sicherheitspolitischer Perspektive höchst problematisch.

Eurofighter.

«Es wird immer wieder deutlich, dass der deutschen Diplomatie die nötige Hard-Power fehlt.»

Ähnlich weit entfernt von der Realität agiert die deutsche Sicherheitspolitik in dem Konflikt mit Russland um die politische Orientierung der Ukraine. Ungeachtet der ständigen Bemühungen der Bundesregierung um eine Lösung dieses gefährlichen Konflikts werden hier täglich Fakten geschaffen, die es mit fortlaufender Zeit immer schwieriger machen, zu einem aus deutscher Sicht guten und tragfähigen Ergebnis zu kommen. Angesichts der starken Position Russlands, der geschickten Diplomatie der Russen, der unter der Belastung der Sanktionen leidenden europäischen Staaten und des dramatischen Niedergangs der Ukraine sollte man sich in Berlin keine Illusionen darüber machen, noch viel erreichen zu können.

Kampf gegen den islamistischen Terrorismus

Auch beim Kampf gegen den weltweit agierenden islamistischen Terrorismus kann die deutsche Sicherheitspolitik nicht beeindrucken. In Afghanistan, wo sich Deutschland auf der Grundlage eines Mandates der Vereinten Nationen seit dem Jahr 2002 an dem Bemühen beteiligt, das dortige Regime mit militärischen Streitkräften zu stabilisieren, dürfte ein nachhaltiger Erfolg nicht gelingen. Die politische Entwicklung in diesem Land weist schon seit mehreren Jahren darauf hin, dass die islamischen Taliban gute Aussichten haben, die Herrschaft zurückzugewinnen. Die bei jedem Truppenbesuch in Afghanistan vorgetragene Erwartung, dass die Situation nach den seit dem Jahr

2014 vorgenommenen Rückzüge nunmehr mit einer begrenzten Verstärkung der Truppen wieder verbessert werden könnte, erscheint angesichts der Fakten unrealistisch. Wie in Afghanistan und in Syrien ist das Fehlen einer schlüssigen Strategie für den Einsatz der deutschen Streitkräfte auch im Kampf gegen den Islamismus in Afrika charakteristisch. Selbst dort, wo einzelne EU-Staaten, wie z.B. Frankreich, ein grösseres militärisches Engagement wagen, zögert Deutschland oft recht lange, bevor man die nötige sicherheitspolitische Unterstützung gewährt. So belegt die deutsche Vorgehensweise bei den Versuchen, die Islamisten in Mali und in zahlreichen anderen Staaten Afrikas zu bekämpfen, wie weit Deutschland von einem der realen Lage angemessenen strategischen Denken und Handeln entfernt ist. Eine Änderung dieser Haltung erscheint angesichts der derzeitigen innenpolitischen Rahmenbedingungen kaum möglich. Man sucht den Einsatz von «Kampftruppen» zu vermeiden und den Glauben zu verbreiten, dass es mit logistischen Massnahmen und der Ausbildung afrikanischer Truppen getan sei. Die Realität zeigt jedoch, dass man mit dieser spezifischen Form der Sicherheitspolitik den Islamisten weiterhin das Gesetz des Handelns überlässt.

U-Boot der Klasse 212A.

Trotz des relativ begrenzten Umfangs der einzelnen militärischen Einsätze müssen die deutschen Streitkräfte die sicherheitspolitische Konzeptlosigkeit abfangen. Gewiss sind in zahlreichen Regionen der Welt deutsche Streitkräfte präsent. Es gibt jedoch erhebliche Lücken in den strategischen Fähigkeiten und in der personellen Ausstattung. De facto steht nur ein Bruchteil der Kampfpanzer, der Flugzeuge, der Hubschrauber, der U-Boote und der Schiffe zur Verfügung (von 200 Kampfpanzern sind 90 einsatzbereit, von 132 Eurofighter fliegen 40, Deutschland besitzt 6 U-Boote, aber keines davon darf den Hafen verlassen, von den 170 000 Soldaten sind tatsächlich kaum mehr als 20 000 einsatzfähig). Auf die schlimme Situation hat nicht zuletzt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages in seinem Bericht am 20. Februar 2018 hingewiesen. Wenngleich die Zahl der Soldaten in den aktuellen Auslandseinsätzen relativ überschaubar ist, belastet die Zersplitterung des Engagements in viele Einzelmissionen die Truppe doch in grossem Masse. Dabei ist bemerkenswert, dass der-

Der neue Massstab in der 70-cm³-Klasse.

Leichter, stärker, besser im Handling – alles keine leichten Aufgaben für Entwickler. Das Ganze mit dem Anspruch höchster Qualität heisst dann STIHL MS 462 C-M. Die Profi-Säge hat ein Motorgewicht von nur 6 kg bei 4,4 kW Leistung. Über die weiteren Top-Werte informiert Sie gerne Ihr STIHL-Fachhändler. **stihl.ch**

STIHL®

zeit mehr als 20000 Dienstposten nicht besetzt sind, weil das Personal fehlt. Bis auf wenige Ausnahmen gehen die Soldaten in ihren Einsätzen einer Aufgabe nach, für die sie im Grunde nicht vorgesehen sind. Wenn es dann doch einmal zu einer grösseren Herausforderung kommen sollte, besteht die Gefahr, dass die Soldaten nicht ausreichend vorbereitet in den Kampf ziehen müssen, zumal die Ausbildungsfähigkeit im eigenen Land in den letzten Jahren erheblich gelitten hat. Noch schwerer aber wiegt die Tatsache, dass eine stringente sicherheitspolitische Begründung für die zahlreichen, recht unterschiedlichen Einsätze fehlt. Die jeweils in der Öffentlichkeit präsentierte Begründung wirkt stets improvisiert und nicht zu Ende gedacht. Auf Dauer ist diese Vorgehensweise nicht tragbar und im Grunde auch verantwortungslos.

Soft Power?

Anstatt die eigenen sicherheitspolitisch relevanten Machtressourcen gemeinsam mit den Partnerländern zielgerichtet zu entwickeln und überlegt einzusetzen, pflegen die führenden Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, zahlreiche Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und die deutschen «Mainstream»-Medien ein Verständnis nationaler Sicherheitspolitik, das in keiner Weise hilft, die eigenen Interessen mit Blick auf die Machtrealitäten in der Welt zu wahren. Sie orientieren sich vielfach am Prinzip Hoffnung, an einer diffusen Form von «Soft Power» und meinen, damit internationale Politik entscheidend beeinflussen zu können. Dabei reduzieren sie den einst von Joseph Nye, dem ehemaligen Dekan der Kennedy School of Government in Harvard (USA) eingeführten Begriff «Soft Power» auf wenige, zumeist unbedeutende Elemente, nur um ja nicht in die Nähe von Attributen zu gelangen, die es notwendig machen würden, angemessene Machtinstrumente zu besitzen und auch konsequent anzuwenden.

Angesichts der zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen erscheint es erst recht abwegig, von einer «post-atlantischen Welt» zu reden und vor dem Hintergrund gravierender Differenzen mit US-Präsident Donald Trump mal eben die Allianz mit dem wichtigsten Bündnispartner in Frage zu stellen. Deutschland und seine europäischen Partnerländer werden auch künftig die Weltmacht USA für die Bewahrung ihrer Sicherheit brauchen, aber – wie Trump wiederholt unmissverständlich versichert hat – die amerikanische Hilfe nicht bedingungslos erhalten. Dies ist spätestens seit dem historischen NATO-Gipfeltreffen am 11./12. Juli 2018 in Brüssel ein Axiom amerikanischer Sicherheitspolitik und keine vorübergehende Erscheinung. Die Lastenverteilung im Bündnis, in dem die USA fast 75 Prozent der Kosten tragen, wird in der alten Form nicht weiterbestehen können. Auch die Bundesregierung in Berlin wird das strategische Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika suchen müssen – zumal Deutschland vom US-Nuklearschirm abhängig bleibt und es hierzu keine Alternative gibt. Betrachtet man jedoch das derzeitige Verhalten der Bundesregierung in Berlin, so finden sich kaum Anhaltspunkte, die ein realistisches und verantwortungsvolles Herangehen an die Herausforderungen der internationalen Politik erwarten liessen. Zur Zeit ist die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Sicherheitspolitik kein handlungsfähiger Akteur, und angesichts der prekären gesellschaftlichen Verhältnisse – vor allem mit Blick auf die pazifistische Grundströmung im Lande und den von vielen Repräsentanten der Medien unterstützten Widerstand starker Gruppen und Organisationen gegen die auf Abschottung zielende Migrationspolitik – dürfte dieser Zustand wohl noch lange andauern. Darauf sollten sich Deutschlands Nachbarn und Partner innerhalb und ausserhalb der Europäischen Union konkret einstellen. ■

«Deutschland wird auch künftig die Weltmacht USA für seine Sicherheit brauchen, aber die Hilfe nicht bedingungslos erhalten.»

Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)

Aus dem Bundeshaus

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) sprach sich am 11. Februar 2019 gegen die Motionen 18.3394 und 18.4084 aus, mit denen das Kriegsmaterialexport-Recht verschärft würde. In der Frühjahrssession wird sich zeigen, ob der Ständerat der Argumentation seiner Kommission folgt, dass mit den beiden Motionen der öffentlichen Debatte vorgegriffen würde, die mit der im Dezember 2018 lancierten Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» einhergehen wird.

Unterschiedliche Geschäfte zum selben Thema, nämlich der Aufstockung des Grenzwachtkorps (GWK), beschäftigten die SiK beider Räte. Da in der Wintersession 2018 44 neue Vollzeitstellen für das GWK bewilligt wurden, sah die SiK-SR das Anliegen dreier Standesinitiativen (17.311, 17.318 und 18.307) als erfüllt und beschloss einstimmig, diese abzulehnen beziehungsweise abzuschreiben. Eine weitere Standesinitiative (15.301) beschäftigte eine Woche später die nationalrätliche Kommission (SiK-NR). Ihre Beurteilung fiel anders aus. Mit 15 zu 9 Stimmen verlängerte sie die Behandlungsfrist bis Mitte 2020. Die Kommissionsmehrheit sieht das Hauptanliegen der Initiative weiterhin als unerfüllt und will den Druck auf den Bundesrat aufrechterhalten, das GWK schneller aufzustocken und den Mehraufwand departementsübergreifend zu kompensieren.

Vom VBS wurde die SiK-NR des Weiteren über den Swisscoy-Einsatz im Kosovo und Anpassungen der Grundsätze in der Rüstungspolitik informiert. Vertiefte Abklärungen wird das Departement zur Frage vornehmen, ob die neutrale Schweiz sich am französischen Satellitenaufklärungsprogramm CSO (Composante spatiale optique) beteiligen kann beziehungsweise darf und welche Alternativen es dazu gibt. Die definitive Genehmigung wird auf jedem Fall dem Parlament obliegen.

Dr. phil. Fritz Kälin,
Nof (Miliz) Stab MND, 8840 Einsiedeln